Synopse der Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2025

Verantwortlich: Dr. Robert Philipps, FES

Die Synopse umfasst die wesentlichen Positionen und Forderungen der Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2025, nach zentralen Politikfeldern gegliedert. Die Sortierung der Parteien entspricht einer möglichen Einordnung der Parteien im links-rechts Schema (auch wenn das BSW als neue Partei und aufgrund der „linkskonservativen" Ausrichtung nur schwer in diese Sortierung passt, als Abspaltung von der Linken daher ganz links einsortiert).

Inhalt

Synopse der Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2025 1

Umverteilung und Steuern 2

Wirtschaft und Investitionen 6

Klimaschutz und Transformation 10

Soziale Sicherung und Bürgergeld 14

Arbeit, Familie, Geschlechter, Wohnen 20

Migration und Asyl 26

Außen- und Sicherheitspolitik 30

Umverteilung und Steuern

In der **Steuer- und Verteilungspolitik** fordern alle Parteien eine Entlastung der unteren und mittleren Einkommen, große Unterschiede bestehen aber im Umgang mit hohen Einkommen und Vermögen: Während die SPD im Bund mit Grünen, Linken und BSW eine stärkere fiskalische Belastung der hohen Einkommen und Vermögen fordert, wollen Union, FDP und AfD auch diese entlasten. Unter den linken Parteien zeichnet sich ein Konsens ab, Ausnahmen in der Erbschaftssteuer zu reduzieren, die insbesondere für Betriebsvermögen gelten, hohe Vermögen mit einer Vermögenssteuer zu belegen und Kapitalerträge nicht mehr pauschal, sondern mit dem persönlichen Einkommenssteuersatz zu versteuern. Die liberal-konservativen Parteien lehnen insbesondere eine Vermögenssteuer kategorisch ab. Während das linke Lager den Fokus auf Umverteilung legt, will das rechte Lager die Vermögensbildung für breite Schichten erleichtern. Bei der Unternehmensbesteuerung tendiert die SPD zu keiner Veränderung, während Union und FDP eine Senkung der Unternehmensbesteuerung anstreben. Kompromisse zwischen liberal-konservativen und linken Parteien sind in Verteilungsfragen immer möglich, da diese Fragen nicht so stark moralisch aufgeladen sind, wie andere Themen.

	BSW	Die Linke	Grüne	SPD	FDP	CDU/CSU	AfD
Einkommenssteuer	• Einkommen bis 7.500 € entlasten • Erhöhung des Grundfreibetrags • Spitzensteuersatz soll später einsetzen • Rente bis 2.000 € steuerfrei	• Einkommen bis 7.000 € im Monat entlasten • Grundfreibetrag auf 16.800 € • Spitzensteuersatz auf 53 % ab 85.000 €, • Reichensteuer in zwei Stufen: 60 % bei 250.000 € und 75 % ab 1 Mio € Einkommen	• Steuergutschriften für Niedrigverdiener, z.B. für Alleinerziehende • Grundfreibetrag erhöhen • Arbeitnehmerpauschbetrag auf 1.500,- anheben	• Entlastung für 95 % durch Belastung der reichsten 5 %	• Grundfreibetrag um mind. 1.000 € anheben • Spitzensteuersatz erst ab 96.600 € • Abschaffung Solidaritätszuschlag • Überstundenzuschläge bei Vollzeit steuerfrei	• Einkommenssteuertarif abflachen • höherer Grundfreibetrag und höhere Grenze für Spitzensteuersatz (80.000 €) • Abschaffung Solidaritätszuschlag • Überstundenzuschläge bei Vollzeit steuerfrei	• Anhebung des Grundfreibetrags auf 15.000 € • Abschaffung Solidaritätszuschlag
Kapitalertragssteuer	• Kapitalerträge nach Einkommensteuertarif besteuern	• Kapitalerträge nach Einkommenssteuertarif versteuern	• Kapital und Arbeit gleich besteuern	• Kapitalerträge nach Einkommenssteuertarif besteuern	• Wiedereinführung der Spekulationsfrist für private Veräußerungsgewinne aus Wertpapieren		
Erbschaftssteuer	• Gleichbehandlung aller vererbten Vermögen über den Freibeträgen	• Erhöhung der Steuersätze auf 60 % ab zu versteuerndem Erbe von 3 Millionen • Reduzierung der persönlichen Freibeträge • Ausnahmen für Betriebsvermögen beenden • Befreiung einer selbstgenutzten Immobilie von der Steuer	• Ausnahmen bei sehr großen Erbschaften reduzieren • Großzügige Stundungsregel für Betriebe	• Ausnahmen reduzieren, Mindestbesteuerung für große Betriebsvermögen einführen • Erhöhung persönlicher Freibeträge	• Freibeträge bei Erbschafts- und Schenkungssteuer automatisch an Inflation anpassen	• Keine Substanzbesteuerung von Familienunternehmen durch die Erbschaftssteuer • Freibeträge bei Erbschaftsteuer erhöhen	• Vollständige Abschaffung
Vermögenssteuer	• Vermögenssteuer mit progressivem Satz ab 25 Mio Vermögen, Steuersatz 1 % – 3 %).	• Vermögenssteuer mit progressivem Steuersatz (1 % ab 1 Mio € bis 5 %) • Milliardärssteuer (12 % Sondersteuersatz) • einmalige Vermögensabgabe für die Reichsten 0,7 % mit einem Steuersatz von 30 %	• Globale Milliardärssteuer	• Vermögenssteuer einführen für „sehr hohe Vermögen“ • Internationale Mindeststeuer für Superreiche/ Milliardärssteuer	• Strikte Ablehnung	• Ablehnung	• Vollständige Abschaffung

	BSW	Die Linke	Grüne	SPD	FDP	CDU/CSU	AfD
Vermögensbildung	• Keine Grunderwerbsteuer für Familien bei erstem Eigenheim		• Anhebung Sparerpauschbetrag • Zuschuss zum Fondssparen, bei den • vermögenswirksamen Leistungen	• Förderung von Wohneigentum durch zinsgünstige Kredite und Zuschüssen zur energetischen Sanierung	• Grunderwerbsteuerfreibetrag von 500.000 € für die erste selbst genutzte Immobilie • Steuerliche Abzugsfähigkeit der Erwerbsnebenkosten von Immobilien • Erhöhung und Dynamisierung des Sparerfreibetrags, Übertragbarkeit auf Folgejahre • Wiedereinführung der Spekulationsfrist für private Veräußerungsgewinne aus Wertpapieren	• Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer von 250.000 € pro Erwachsenen und 150.000 € für jedes Kind • Steuerliche Rahmenbedingungen für Mitarbeiterkapitalbeteiligung verbessern • Vermögensbildungsprämie für Geringverdiener • Vermögenswirksame Leistungen attraktiver machen	• Grundsteuer abschaffen • Erhöhung des Sparerpauschbetrags auf 6.672 € • Förderung von Unternehmensbeteiligungen für Arbeitnehmer • Förderung Wohneigentum
Mehrwertsteuer	• 0 % auf Grundnahrungsmittel	• Auf Grundnahrungsmittel, Bus/Bahn und Hygieneartikel abschaffen	• Mehrwertsteuer vereinfachen und Fehlanreize abbauen	• Auf Lebensmittel von 7 % auf 5 % senken	• Umsatzsteuer in der Gastronomie auf 7 % senken	• Umsatzsteuer in der Gastronomie auf 7 % senken	• Umsatzsteuer in der Gastronomie auf 7 % senken
Unternehmenssteuern		• Erhöhung der Körperschaftssteuer auf 25 % • Ausweitung der Gewerbesteuer • Quellenbesteuerung der Gewinne am Ort der wirtschaftlichen Aktivität • Einführung einer Übergewinnsteuer von 90 % auf Krisengewinne			• Absenkung Unternehmensteuerbelastung auf unter 25 % • Gewerbesteuer reformieren	• Absenkung Unternehmensteuerbelastung auf unter 25 %	• Unternehmensteuern senken

Wirtschaft und Investitionen

In der **Wirtschafts- und Investitionspolitik** ist der wesentliche Unterschied zwischen den Programmen des linken und rechten Lagers der Umgang mit staatlicher Verschuldung und öffentlichen Investitionen. Im linken Lager ist eine Reform der Schuldenbremse für mehr staatliche Investitionen Konsens. Im rechten Lager wird an der jetzigen Schuldenregel festgehalten, wobei die Union zuletzt Kompromissbereitschaft signalisiert hat. Das linke Lager favorisiert zudem öffentliche Fonds („Deutschlandfonds") zur weiteren Mobilisierung von privatem und öffentlichem Investitionskapital, die im Rahmen der aktuellen Schuldenbremse realisiert werden könnten. Insgesamt erscheint ein lagerübergreifender Kompromiss beim Thema Investitionen und Schuldenregeln durchaus möglich. Zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums wollen alle Parteien mehr private Investitionen anreizen, dies jedoch auf unterschiedliche Weise: Während das rechte Lager v.a. durch Steuersenkungen und andere verbesserte Rahmenbedingungen die Investitionsbereitschaft erhöhen will, setzen SPD und Grüne auf gezielte Investitionsprämien. Auch hier erscheint eine Verständigung möglich. Beim Thema **Energiepreise** gibt es einen parteiübergreifenden Konsens (mit Ausnahme der AfD) für eine Senkung der Stromsteuer und der Netzentgelte. Auch beim Thema **Fachkräfte** und der **Innovationspolitik** gibt es wenig Dissens unter den Mitte-Parteien. Einen wirksamen **Bürokratieabbau** streben formal alle Parteien (bis auf Die Linke) an, jedoch gehen Union, FDP und AfD hier deutlich weiter, indem sie auch die Abschaffung von konkreten Regulierungen und Berichtspflichten sowie eine Einschränkung der Verbandsklagerechte fordern – die bspw. die Grünen und die SPD im Gegenteil noch ausweiten wollen.

	BSW	Die Linke	Grüne	SPD	FDP	CDU/CSU	AfD
Investitionen und Infrastruktur	• staatliches Investitionsprogramm, um den Investitionsstau zu beseitigen • Industriefonds, um Zukunftsbranchen und Schlüsselindustrien mit langfristigem Kapital zu fördern • Besteuerung von Aktienrückkäufen, um Unternehmen zur Reinvestition zu bewegen • Kommunen besser finanzieren	• Investitionsprogramm von 200 Milliarden Euro für den Umbau der Industrie • Erweiterung des Klima- und Transformationsfonds (KTF) mit 65 Milliarden Euro pro Jahr für Investitionen • Altschuldenfonds für Kommunen	• Investitionsprämie von 10 Prozent für alle Investitionen außer in Gebäude • Deutschlandfonds zur Finanzierung von Infrastrukturprojekten • Bessere Finanzausstattung der Kommunen	• 10 % Investitionsprämie auf alle Ausrüstungsinvestitionen in Deutschland • Deutschlandfonds aus 100 Milliarden Euro als Dachfonds für private und öffentliche Investitionen • Umfassendes Programm zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und Digitalisierung • Lösung für kommunale Altschulden	• Durch steuerliche Rahmenbedingungen und Entbürokratisierung Investitionen anreizen • Verbesserung von Abschreibungen und Verlustverrechnung • Förderung von öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPP) • Planungszeiten für Infrastrukturprojekte halbieren	• Durch steuerliche Rahmenbedingungen und Entbürokratisierung Investitionen anreizen • Verbesserung von Abschreibungen und Verlustverrechnung • Förderung von öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPP)	• Durch steuerliche Rahmenbedingungen und Entbürokratisierung Investitionen anreizen
Schuldenbremse	• Schuldenbremse für Investitionen lockern, aber nicht für Militär-/Rüstungsausgaben	• Schuldenbremse abschaffen, stattdessen „Goldene Regel" einführen	• Investitionsorientierte Reform der Schuldenbremse	• Investitionsorientierte Reform der Schuldenbremse	• Festhalten an der Schuldenbremse	• Festhalten an der Schuldenbremse	• Schuldenbremse einhalten
Fachkräftemangel	• Primär inländische Ausbildung stärken, statt Zuwanderung • Bildungsreform	• Gute Löhne und Arbeitsbedingungen • bessere Bezahlung in Mangelberufen • bessere Weiterbildungsmaßnahmen	• Fachkräftezuwanderung erleichtern • Qualifizierungsgeld zur Weiterbildung • Gleichstellung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt • Auszahlung der Arbeitgeberbeiträge zur Arbeitslosen- und Rentenversicherung bei Weiterarbeit nach der Rente	• Zuwanderung von Fachkräften fördern • Investitionen in Qualifizierung, Recht auf Weiterbildung • Verbesserung der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse • Auszahlung der Arbeitgeberbeiträge zur Arbeitslosen- und Rentenversicherung bei Weiterarbeit nach der Rente	• Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte erleichtern • Förderung der beruflichen Bildung und des lebenslangen Lernens • Vereinfachte Anerkennungsverfahren für ausländische Pflegekräfte	• Fachkräftezuwanderung vereinfachen • Weiterbildungsmöglichkeiten stärken • ausländische Abschlüsse einfacher anerkennen • Frauen mehr in Vollzeit bringen • Aktivrente: Rentner dürfen bis 2.000 € monatlich steuerfrei arbeiten	• primär inländische Potenziale ausschöpfen, dann Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte • Rückgewinnungsprogramme für abgewanderte Leistungsträger • Förderung von MINT-Fächern • Anreize für ältere Arbeitnehmer, länger zu arbeiten
Energiepreise	• Verstaatlichung der Netze und Netzentgelte reduzieren • Abschaffung des CO_2 Preises • Gasimporte auch aus Russland	• Deckelung Netzentgelte und Stromsteuer	• Senkung der Stromsteuer auf das EU-Mindestmaß • „Anpassung" der Netzentgelte	• Senkung der Stromsteuer • Deckelung der Netzentgelte auf 3 Cent pro Kilowattstunde	• Stromsteuer auf das EU-Mindestmaß senken und langfristig abschaffen • Einführung von dynamischen Netzentgelten, um die Kosten zu senken	• Senkung der Stromsteuer • Netzentgelte absenken • Investitionen in Freileitungen	• Energiewende rückabwickeln und durch fossile und Atomenergie Kosten senken

	BSW	Die Linke	Grüne	SPD	FDP	CDU/CSU	AfD
Technologie und Innovation	• Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf mind. 4 % der Wirtschaftsleistung steigern	• Erhöhung der Grundfinanzierung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen • Forschung auf gesellschaftlich relevante Bereiche lenken • Keine öffentlichen Subventionen für privatwirtschaftliche Forschung	• 3,5 % des BIP in FuE • Erweiterung der steuerlichen Forschungsförderung • Deutschland als führenden Innovationsstandort für grüne Technologien etablieren • Forschungsdatengesetz • Erleichterung des Zugangs zu Wagniskapital	• 3,5 % des BIP in FuE • Ausweitung der steuerlichen Forschungsförderung • Förderung von Zukunftstechnologien • Aufbau der Deutschen Agentur für Transfer und Innovation • Stärkung der Grundlagenforschung sowie Anwendungsorientierung in Wissenschaft und Technik • Gründerförderung für Wissenschaftler	• Technologieoffenes Forschungsfreiheitsgesetz • Steuerliche Forschungsförderung ausweiten • Digitalisierung der Wissenschaftslandschaft • Forschung stärken • Public Private Partnership • Erleichterung des Zugangs zu Wagniskapital	• 3,5 % des BIP in FuE • Weiterentwicklung der steuerlichen Forschungsförderung • Hightech-Agenda für Deutschland • „Gründerschutzzone" – Entbürokratisierung in der Startphase von Unternehmen • Reform der Datenschutzpolitik • Technologie- und Forschungstransfer stärken • Rahmenbedingungen für Wagniskapital verbessern	• Technologieoffene Forschung ohne politische Einflussnahmen • Keine Subventionen für spezifische Technologien, Marktwirtschaft als Entdeckungsverfahren • Neue Kernforschung
Bürokratieabbau	• Vereinfachung von Vorschriften, Auflagen und Prozessen • Kein Gold-Plating mehr bei Umsetzung von EU-Vorgaben • Lieferkettenregulierung und Nachhaltigkeitsberichterstattung abschaffen • Schwellenwerte für KMU erhöhen • Digitalisierung der Verwaltung („once only Prinzip") • Zufriedenheitsbewertung für alle Behörden durch die Bürger • nationalen Tag der Entrümpelung einführen	• Antragsverfahren für soziale Leistungen vereinfachen	• Praxischeck in allen Gesetzgebungsprozessen integrieren • Öffentliche Dienstleistungen an einer zentralen Stelle bündeln – Deutschland-App schaffen • Schwellenwerte für KMU anheben	• Praxischeck für alle neue Gesetze, Integration von Bürgerchecks, Praxischecks und Digitalchecks • Wirtschaft, Länder und Kommunen zu einem Praxisgipfel einladen • Einführung einer behördlichen Genehmigungsfiktion • digitalen Datenaustausch zwischen Behörden verbessern • Einfachere Antragsverfahren und mehr automatische Leistungen • Schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren	• 3-jähriges Moratorium für Bürokratie • Bürokratiefreies Jahr für Betriebe • Bürokratiebremse im Grundgesetz • Abschaffung von EU-Bürokratie wie Lieferkettengesetze, Nachhaltigkeitsberichterstattung und Taxonomie • Sunset-Klauseln für Gesetze – Neue Vorschriften automatisch außer Kraft treten, wenn sie nicht aktiv verlängert werden • Einführung einer behördlichen Gehehmigungsfiktion • Datenschutzaufsicht vereinheitlichen • Vereinfachung Vergaberecht • Striktes Gold-Plating-Verbot • Umfassende Digitalisierung der Verwaltung	• Jahresgesetze zum Bürokratieabbau, One in, two out-Prinzip • Nationaler Normenkontrollrat (NKR) ins Bundeskanzleramt • Abschaffung des deutschen Lieferkettengesetzes und auf EU-Ebene Einsatz gegen Nachhaltigkeitsberichterstattung und Taxonomie • Abschaffung von Verbandsklagerechten gegen Infrastrukturvorhaben, generelle Verkürzung von Instanzen • Verkürzung von Genehmigungsverfahren • Kein „Gold-Plating" mehr beim Umsetzen europäischer Vorgaben • Vereinfachung des Steuerrechts • Umfassende Digitalisierung der Verwaltung	• Entbürokratisierung im Gesundheitswesen • Vereinfachung des Steuerrechts • Reduktion von Verwaltungskosten • Akkreditierungsbürokratie im Hochschulwesen abschaffen • Abschaffung von Lieferkettengesetzen, Nachhaltigkeitsberichterstattung • Abschaffung des Verpackungsgesetzes • Vereinfachung der Datenschutzgrundverordnung • Vereinfachung des Vergaberechts

Klimaschutz und Transformation

In der **Klimapolitik** besteht eine grundsätzliche Zielübereinstimmung zwischen SPD, Grünen und Union, die eine Klimaneutralität Deutschlands im Jahr 2045 anstreben. Während der Linken dieses Ziel zu unambitioniert ist, tritt die FDP für eine Verschiebung auf 2050 ein und auch das BSW hält das Ziel 2045 für zu ambitioniert. Die AfD ist als einzige Partei gänzlich gegen jeglichen Klimaschutz. Der Hauptunterschied zwischen SPD und Grünen und der Union besteht in der Präferenz unterschiedlicher Instrumente: Während die Union (und die FDP) hauptsächlich auf marktwirtschaftliche Instrumente setzen, darunter v.a. den europäischen Emissionshandel, und demgegenüber ordnungspolitische oder förderpolitische Ansätze zurücktreten lassen wollen, präferieren Sozialdemokraten und Grüne stärker einen Instrumentenmix aus CO_2-Preis/EU-ETS (marktwirtschaftlich), Ordnungsrecht (Verbote) und Förderpolitik oder staatlichem Engagement (bspw. Wärmenetze). Diese Unterschiede in der Schwerpunktsetzung sind aber keine unüberwindbaren Hindernisse für eine Zusammenarbeit. Größere konkrete Konfliktpunkte sind das Verbrennerverbot (Union und FDP für Aufhebung), das Heizungsgesetz (Union für Abschaffung aller ordnungsrechtlicher Vorgaben) sowie die Forderung der Union, Netz und Betrieb der Bahn aufzuspalten. Die Forderung der FDP nach Auslaufen der Förderung für Erneuerbare Energien ist ein No-Go für die anderen Parteien, ob die FDP eine Rolle in der künftigen Regierungsbildung spielen wird, ist jedoch ungewiss. Ein Klimageld fordern alle Parteien in ihren Programmen außer der Union, die dies aber jüngst im „Kanzlerduell“ ebenfalls zugesagt hat. Weitere soziale Förderungen versprechen vor allem Sozialdemokraten und Grüne, Union und FDP sind da zurückhaltender. Insgesamt erscheint die Klimaschutzpolitik als ein Politikfeld, auf dem eine Kompromissfindung v.a. zwischen Union und SPD nicht allzu schwierig werden dürfte, auch wenn um viele Details gerungen werden wird.

	BSW	Die Linke	Grüne	SPD	FDP	CDU/CSU	AfD
Klimaneutralität bis 2045	• Ziel unrealistisch und wirtschaftsschädlich	• Klimaschutz beschleunigen	• Ja	• Ja	• Klimaneutralität verschieben auf 2050	• Ja	• Grundsätzliche Ablehnung des Ziels der Klimaneutralität
Instrumente des Klimaschutzes	• Abschaffung des CO_2-Preises • Mehr technologieoffene Forschung	• keine CO_2-Bepreisung im Wärmebereich, dafür staatliche Steuerung und Regulierung • Ablehnung von CCS	• Instrumentenmix aus marktwirtschaftlichen Instrumenten wie CO_2-Preis, gezielter Förderung und Ordnungsrecht	• Instrumentenmix, • Klimaneutralität auch Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge, daneben gezielte Förderung und CO_2 Preis	• EU-Emissionshandel, keine zusätzlichen Regulierungen, Technologieoffenheit	• Emissionshandel als wichtigstes Instrument stärken, Technologieoffenheit (u.a. auch CCS/CCU)	• Abschaffung aller CO_2-Abgaben • Wiedereinstieg in Kohle und Atomkraft
Ausbau und Förderung von EE und EE-Infrastruktur	• Befürwortet EE, allerdings kein „planloser“ Ausbau • Verstaatlichung der Stromnetze • Investitionen in Gaskraftwerke als Backup	• Schneller Ausbau von EE • Energieproduktion und Netze überwiegend verstaatlichen	• Weiterer EE-Ausbau • Ausbau „smarter“ Netze und Speicher	• Beschleunigter Ausbau der Erneuerbaren • Ausbau Strom- und Wasserstoffnetze	• Keine weiteren Subventionen für neue Anlagen • Abschaffung des Netzanschlusszwangs • Netzausbau • Kapazitätsmarkt für Gaskraftwerke	• Ausbau von allen EE einschließlich Geothermie, Wasserkraft, Bioenergie und Holz • Ausbau von Netzen und Speichern • Kapazitätsmarkt	• Keine Förderung von EE, Ablehnung des weiteren Ausbaus • Kein Netzausbau • Nord Stream 2 wieder in Betrieb nehmen
Atomkraft	• Kein Neubau, aber mehr Forschung zu Kernfusion	• Entschiedene Ablehnung, Atomausstieg ins Grundgesetz schreiben	• nein	• nein	• Prüfung Wiederinbetriebnahme der KKW • Neue Kernkraft (bspw. Dual-Fluid-Reaktoren) rechtlich ermöglichen	• Forschung zu neuer Kernenergie und Fusion • Prüfung Wiederinbetriebnahme KKW	• Wiedereinstieg in Atomkraft
Wärmewende	• Abschaffung Heizungsgesetz • Keine Stilllegung des Gasnetzes • „Technologieoffenheit“ beim Heizen	• 25 Milliarden Euro jährlich für energetische Sanierungen und Heizungstausch • Investitionen in Fernwärme und kommunale Wärmeplanung	• Förderung von Wärmenetzen	• Kommunale Wärmenetze	• Technologieoffenheit und keine Verbote – Abschaffung Heizungsgesetz • Abschaffung der verpflichtenden kommunalen Wärmeplanung	• Heizungsgesetz abschaffen, Dekarbonisierung durch „CO_2-Bepreisung mit sozialem Ausgleich, verlässliche Förderung und technologieoffene Lösungen“	• Abschaffung Heizungsgesetz und Ablehnung jeder Art der Wärmewende

	BSW	Die Linke	Grüne	SPD	FDP	CDU/CSU	AfD
Verkehrswende	• Rücknahme Verbrennerverbot • „Volksleasing“ für umweltfreundliche Fahrzeuge • Förderung neuer Antriebstechnologien, keine reine Fokussierung auf E-Mobilität • Keine autofeindliche Politik aber ja zu gutem ÖPNV • Förderung Bahninfrastruktur	• Drastische Förderung ÖPNV und Bahn • 9-Euro-Ticket • Verbot von Kurzstreckenflügen • Steuererhöhungen für SUVs • Förderung von Car-Sharing • Ladeinfrastruktur ausbauen	• Priorisierung des Bahnverkehrs • Förderung von Radverkehr und Fußgängermobilität • Einführung von CO_2-abhängigen Kfz-Steuern und Einschränkungen für große SUVs • Tempolimit	• Massive Investitionen in Schienen- und Straßeninfrastruktur • ÖPNV-Ausbau, Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene und Wasserwege • Tempolimit von 130 km/h • E-Auto-Förderung • Ausbau Schnellladesäulen	• Technologieoffene Verkehrspolitik auch mit Förderung von E-Fuels, Wasserstoff und synthetischen Kraftstoffen für den Individualverkehr • Mehr Privatisierung von Verkehrsinfrastruktur • Verbrennerverbot aufheben • Mehr Wettbewerb auf der Schiene	• Stärkung der Ladeinfrastruktur für Elektromobilität • Bahn und ÖPNV attraktiver machen • Netz und Betrieb bei der Bahn trennen • Verbrennerverbot rückgängig machen	• Ablehnung der Verkehrswende insgesamt (Förderung Radverkehr und Reduzierung Autoverkehr) • Keine Subventionen für E-Mobilität • Abschaffung Verbrennerverbot • Kein Tempolimit
Transformation der Industrie	• Technologieoffene Transformation • Fokus auf Erhalt von Schlüsselindustrien • Staatliche Unterstützung von Innovationen • Forschung und Entwicklung	• 200 Mrd. € für den klimagerechten Umbau der Industrie • Jährlich 65 Mrd. € in Klima- und Transformationsfonds, um Unternehmen und Beschäftigte zu unterstützen • Staatliche Beteiligung an Industrien • Strenge ökologische Standards für Investitionen	• Klimaschutzverträge für Industrie • CCS/CCU nur für nicht vermeidbare Emissionen • Grüne Leitmärkte schaffen/Mindestquoten von grünem Stahl/Zement • Strenge Emissionsvorgaben für Unternehmen/ verpflichtende CO_2-Reduktionsziele	• Klimaschutzverträge für Industrie • Europäischer Clean Industrial Deal • CO_2-Grenzausgleichsmechanismus • Keine EU-Strafzahlungen für Autoindustrie	• Technologieoffene Ansätze: Förderung von CCS, CCU sowie der Nutzung synthetischer Kraftstoffe zur industriellen Dekarbonisierung • Ablehnung von Subventionen für einzelne Industrien	• Förderung von Carbon Capture and Storage (CCS) und CO_2-Kreislaufwirtschaft zur Entlastung energieintensiver Unternehmen	• Keine Dekarbonisierung der Industrie
Klimageld	• Senkung der Energiekosten anstatt Rückverteilung über Klimageld	• Klimageld von 320 € pro Person jährlich als Direktzahlung	• Einnahmen aus CO_2-Bepreisung als sozial gestaffeltes Klimageld für mittlere und niedrige Einkommen	• Klimageld ab 2027	• Einnahmen aus CO_2-Bepreisung als pauschale Klimadividende für alle	• Senkung der Energiekosten anstatt Rückverteilung über Klimageld	
Förderprogramme und soziale Flankierung der Energiewende	• Staatliche Förderungen für Sanierungsmaßnahmen	• Abschaffung der Umlage für energetische Sanierung • sozial gestaffelter Strom- und Wärmetarif • Abschaffung Merit-Order-System im Energiemarkt • Energie-Soli für Reiche zur Finanzierung günstiger Sockeltarife • Verbot von Strom- und Gassperren	• Eine-Million-Balkone-Programm zur Unterstützung von Menschen mit geringen Einkommen beim Kauf von Steckersolargeräten • Förderung von energetischen Sanierungen für kleine und mittlere Einkommen • Wärmepumpen-Contracting • Preisaufsicht Fernwärme	• Mehr gemeinschaftliche Lösungen wie Wärmenetze und einen bezahlbaren ÖPNV • Gezielte Förderung für Einkommensschwache • Ausbau Stromsparchecks, Wärmepumpen-Leasing für arme Haushalte • Förderung von Balkonkraftwerken und Bürgerwindparks • Preisaufsicht Fernwärme		• Förderung für Sanierungsmaßnahmen	

Soziale Sicherung und Bürgergeld

Die sozialpolitischen Themen waren im Wahlkampf nur wenig präsent, wenn man vom Bürgergeld einmal absieht, das seit Monaten ein Dauerbrenner der politischen Debatte ist. In der **Renten-, Gesundheits- und Pflegepolitik** will das linke Lager die gesetzlichen Sozialversicherungen perspektivisch als Bürgerversicherungen organisieren, also alle Betroffenen prinzipiell in die gesetzliche Versicherung integrieren und private Versicherungen nur noch als Zusatzversicherungen zulassen. Eine derart grundlegende Reform der Sozialversicherungen ist jedoch mit Union und FDP nicht zu machen, die grundsätzlich keine gesetzliche Versicherungspflicht für alle wollen und am Nebeneinander von privater und gesetzlicher Absicherung festhalten. SPD und Grüne treten in der **Rentenpolitik** zudem für eine Stabilisierung des Rentenniveaus von 48 % ein, während Linke, BSW und AfD ein viel höheres Rentenniveau fordern. Union und FDP hingegen äußern sich zu dieser Frage nicht. Konsensual scheint mittlerweile die abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren zu sein, wenn man von der FDP absieht, die sich dazu im Programm nicht äußert. Union, FDP, Grüne und AfD plädieren in unterschiedlichen Varianten für eine Stärkung der kapitalgedeckten Rente in Form von Bürgerfonds/Altersvorsorgedepot, Aktienrente oder „Frühstart-Rente“, während die SPD dieses Thema ausklammert, sich also skeptisch zeigt. Linke und BSW lehnen diese Form der Altersvorsorge dezidiert ab.

In der **Gesundheitspolitik** wollen SPD, Grüne und Linke auch Kapitaleinkommen verbeitragen, also die Finanzierungsbasis erweitern, während das rechte Lager dies ablehnt. Parteiübergreifende Einigkeit besteht im Ausbau der Telemedizin und der Verbesserung der Versorgungslage für psychische Erkrankungen. In der **Pflegepolitik** fordern Linke und BSW eine Pflegevollversicherung, was die anderen Parteien wohl als unfinanzierbar betrachten. Die häusliche Pflege zu stärken ist lagerübergreifender Konsens, allerdings wollen SPD und Grüne dafür auch Leistungen ausweiten und analog zum Elterngeld ein Familienpflegegeld als Lohnersatzleistung einführen, während die Union eher auf bürokratische Vereinfachungen (durch ein Pflegebudget) setzt. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege ist hingegen parteiübergreifend Konsens.

Beim Thema **Bürgergeld** wollen Union, FDP und AfD die Mitwirkungspflichten, Sanktionen oder Zumutbarkeitsregeln weiter verschärfen, den Vermittlungsvorrang wieder einführen und den Sozialmissbrauch stärker bekämpfen. SPD, Grüne und Linke hingegen lehnen weitere Verschärfungen oder jegliche Sanktionen (Linke) ab und wollen den Fokus auf Weiterbildung und Qualifizierung beibehalten. Die Linke will darüber hinaus die Leistungen deutlich ausweiten, steht damit aber allein. Die FDP hat als einzige Partei auch grundlegende Reformvorschläge wie eine Zusammenlegung von Grundsicherung und Wohngeld, mehr pauschalierte Leistungen, sowie eine „negative Einkommenssteuer“. Die **Arbeitslosenversicherung** soll nach dem Willen der FDP künftig unterschiedliche Absicherungsprofile ermöglichen, während BSW und Linke die Bezugsdauer des ALG 1 deutlich erhöhen wollen.

Insgesamt weisen die politischen Lager in der Sozialpolitik deutliche Unterschiede in der Herangehensweise und den Konzepten auf. Während FDP, Union und AfD auf mehr Eigenverantwortung und private Absicherung setzen, plädieren SPD, Grüne, Linke und BSW für eine stärkere Rolle des Staates in der sozialen Sicherung. Das rechte Lager tendiert zu einer Stabilisierung oder Reduzierung der Ausgaben in den Sozialversicherungen, um die Beitragssätze zu begrenzen, während das linke Lager eine Stabilisierung oder Ausweitung des Sicherungsniveaus anstrebt. Beim Thema Bürgergeld setzt das linke Lager auf großzügigere Regelungen und einen Fokus auf die Weiterbildung, während das rechte Lager auf Einsparungen durch Verschärfung der Sanktionen und einen Vorrang der schnellen Vermittlung setzt. Eine Kompromissfindung ist trotz der Unterschiede grundsätzlich machbar, weil es unter den Mitte-Parteien keine diametralen Positionen gibt, die unverhandelbar gegenüberstehen. Weitreichende Reformvorschläge wie die Einführung von Bürgerversicherungen dürften aber wenig Chancen auf Realisierung haben.

	BSW	Die Linke	Grüne	SPD	FDP	CDU/CSU	AfD
Rente	• Rentensystem nach Vorbild Österreich • Rentenniveau bei 75 Prozent des im Arbeitsleben erzielten Nettoeinkommens • Abschlagsfreier Renteneintritt nach 45 Jahren • alle Erwerbstätigen in die Rentenversicherung integrieren • Renten bis 2.000 € steuerfrei • Mindestrente je nach geleisteten Versicherungsjahren 1.200 – 1.500 € • Keine Aktienrente	• Rentenniveau auf 53 % anheben • Beitragsbemessungsgrenze verdoppeln • Mindestrente von 1.400 €/Monat • Regelaltersgrenze 65 Jahre, abschlagsfreier Renteneintritt nach 40 Beitragsjahren (ab 60. Lebensjahr) • Rentenversicherung zur Erwerbstätigenversicherung für alle Erwerbstätigen umwandeln • Keine Aktienrente	• Gesetzliches Rentenniveau bei 48 % stabilisieren • Abschlagsfreier Renteneintritt nach 45 Jahren • schrittweise alle Erwerbstätigen in die Rentenversicherung integrieren • aufgebesserte Grundrente nach 30 Beitragsjahren • Kapitalgedeckter Bürgerfonds, gespeist aus öffentlichen und privaten Mitteln • Erwerbsminderungsrente verbessern	• Gesetzliches Rentenniveau dauerhaft bei 48 % stabilisieren • Abschlagsfreier Renteneintritt nach 45 Jahren • Langfristig alle Erwerbstätigen in die Rentenversicherung integrieren • Betriebliche Altersvorsorge für Geringverdiener steuerlich fördern	• Flexibler Renteneinstieg mit niedrigerer Rente bei früherem Eintritt • Stärkung der Kapitaldeckung über gesetzliche Aktienrente und Altersvorsorgedepot (steuerlich gefördert)	• Abschlagsfreier Renteneintritt nach 45 Jahren • Frühstart-Rente: 10 € pro Monat für alle 6- bis 18-Jährigen vom Staat für Aufbau privater Altersvorsorge • verbindliche Altersvorsorge für Selbständige	• Langfristiges Ziel: Rentenhöhe 70 % des letzten Nettoeinkommens • Einbeziehung von Beamten und Politikern in die Rentenversicherung • flexibles Renteneintrittsalter, abschlagsfreier Renteneintritt nach 45 Jahren • Förderung der private und betrieblichen Altersvorsorge • Einführung eines „Junior-Spardepots“: Bis zum 18. Lebensjahr monatlich 100 € aus Steuermitteln in einen ETF-Sparplan • Willkommensprämie von 20.000 € für neugeborene Babys

	BSW	Die Linke	Grüne	SPD	FDP	CDU/CSU	AfD
Gesundheit	• Bürgerversicherung • Abschaffung Zusatzbeiträge • Rückverlagerung der Medikamentenproduktion nach Deutschland und Europa • Preisregulierung für Arzneimittel • Höhere Vergütung für Hausärzte • Ablehnung der Krankenhausreform der Ampel und Sicherstellung des Erhalts von Krankenhäusern • Zahnersatz und Sehhilfen sollen wieder vollständig von der Krankenkasse übernommen werden	• Bürgerversicherung • Alle Einkommensarten in Finanzierung einbeziehen • Beitragsbemessungsgrenze verdoppeln • Profitorientierung der Krankenhäuser beenden • Rückführung aller Krankenhäuser in öffentliche Hand • Gesetzliche Preisregulierung für Medikamente • Bessere Arbeitsbedingungen für Gesundheitspersonal • Versorgungsangebote für psychische Erkrankungen verbessern	• Bürgerversicherung • Kapitaleinnahmen verbeitragen • Förderung gemeinwohlorientierter Träger statt profitorientierter Investoren • Aufsuchende Versorgungsteams für Wohnungslose • Mindestbemessungsgrenze bei der Krankenversicherung reformieren • Versorgungsangebote für psychische Erkrankungen verbessern	• Bürgerversicherung • Kapitaleinkommen verbeitragen • Begrenzung von Zuzahlungen • Prävention priorisieren • Förderung von Gesundheitszentren mit Haus- und Fachärzten unter einem Dach • Sichere Versorgung in strukturschwachen Regionen • Einführung einer Termingarantie zur Verringerung von Wartezeiten • Versorgungsangebote für psychische Erkrankungen verbessern • Ausbau der Telemedizin • Notfallversorgung stärken	• Duales System der Krankenversicherung beibehalten, • Wahlfreiheit stärken • Leistungsausweitungen der GKV der letzten zehn Jahre prüfen und ggf. streichen • reduzierter Krankenkassenbeitrag bei gesundem Lebensstil (Rabatt-System) • Versorgungsangebote für psychische Erkrankungen verbessern • Spezialisierung der Krankenhausversorgung • Stärkung der Apotheken • Förderung digitaler Gesundheitsangebote	• Erhalt des dualen Krankenkassensystems • Ausgabeneffizienz durch mehr Wettbewerb zwischen den Krankenkassen • Präventionsangebote in allen Lebensbereichen verbessern • Mit einer Apothekenreform die Präsenzapotheken stärken • Versorgungsangebote für psychische Erkrankungen verbessern • Förderung der elektronischen Patientenakte und digitaler Gesundheitsanwendungen • Sicherstellung der Grundversorgung mit Medikamenten	• Abschaffung des Falllauschalensystems für Krankenhäuser • Rückkehr zu individuellen Budgetvereinbarungen zwischen Krankenhäusern und Krankenkassen • Aufhebung der Budgetierung ärztlicher Leistungen • Stärkung der Heilpraktiker-Berufe • WHO – Reform oder Austritt
Pflege	• Pflegevollversicherung • Erhöhung des Pflegegeldes • Privatisierungen rückgängig machen	• Pflegevollversicherung, als Bürgerversicherung organisiert, in die alle einzahlen • Private Pflegeheime in öffentliche Trägerschaft überführen • Verbot von Profiten mit Pflegeleistungen • Pflegegeld erhöhen und Pflegezeit flexibler gestalten • Mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen	• Pflegebürgerversicherung • Einführung eines Familienpflegegeldes (analog Elterngeld) • Übernahme von Rentenbeiträgen für pflegende Angehörige • Bessere Finanzierung häuslicher Pflegeangebote und Pflege-WGs • Flexiblere Pflegeleistungen durch ein Pflegebudget • Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte, u.a. höherer Personalschlüssel	• private Pflegeversicherungen in den Risikostrukturausgleich zwischen allen Pflegekassen einbeziehen • Deckelung der Eigenanteile für Pflege auf 1.000,- € monatlich • Stärkung der häuslichen Pflege v.a. durch Einführung eines Familienpflegegeldes (analog Elterngeld) • Bessere Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte	• Ergänzung der Pflegeversicherung um eine kapitalgedeckte Komponente • Mehr Anreize für private Pflegevorsorge • Entbürokratisierung der Pflege	• Finanzierungsmix aus gesetzlicher Pflegeversicherung, betrieblicher Mitfinanzierung, Steuermitteln und Eigenverantwortlicher Vorsorge • Steuerliche Absetzbarkeit der Pflegezusatzversicherung prüfen • Vereinfachung der häuslichen Pflege durch Pflegebudget • Pflegeberufe attraktiver machen	• Keine vollständige staatliche Übernahme aller Pflegekosten, sondern Beibehaltung privater Vorsorgeanteile • Häusliche Pflege finanziell besser honorieren • Qualitäts- und Kostenkontrolle in Pflegeeinrichtungen verbessern

	BSW	Die Linke	Grüne	SPD	FDP	CDU/CSU	AfD
Arbeitslosigkeit und Bürgergeld	• Bürgergeld durch „faire Grundsicherung“ und „leistungsstarke Arbeitslosenversicherung“ ersetzen • Längerer Bezug von ALG 1 für Arbeitslose mit langen Beitragszeiten • Schärfere Kontrollen zur Bekämpfung von Sozialleistungsmissbrauch • Öffnung der Arbeitslosenversicherung für Selbstständige • Personelle und finanzielle Stärkung der Jobcenter	• Umgestaltung des Bürgergeldes zur sanktionsfreien Mindestsicherung • Erhöhung Regelsatz auf 813 € • Mindestsicherung inkl. Wohnkosten 1.400 € • Vorrang Weiterbildung vor Vermittlung • Längerer Bezug von ALG 1 • Einführung eines „solidarischen Arbeitsmarktes“, um mehr Menschen mit niedriger Qualifikation langfristig in Arbeit zu bringen • Recht auf Weiterbildung	• Erhalt und regelmäßige Anpassung des Bürgergelds • Keine Verschärfungen der Sanktionen • Fokus auf Weiterbildung statt schneller Vermittlung • Bürgergeld-Leistungen perspektivisch individualisieren, für mehr Einzelfallgerechtigkeit • Freibeträge für Hinzuverdienste reformieren • Arbeitslosenversicherung für Selbstständige öffnen	• Bürgergeld mit Prinzip des Förderns und Forderns beibehalten • Vorrang von Weiterbildung und Qualifizierung vor schneller Vermittlung • Jobcenter personell und finanziell besser ausstatten • Förderung von Arbeitsmarktdrehscheiben und Transfergesellschaften • Zeiten der Qualifizierung nicht mehr auf die Bezugsdauer des ALG I anrechnen • Recht auf Weiterbildung und beruflichen Neustart	• Bürgergeld durch Grundsicherung ersetzen • Verschärfung der Mitwirkungspflichten und der Zumutbarkeitsregeln • Verschärfte Sanktionen bei fehlender Mitwirkung • Reform der Hinzuverdienstgrenzen • Effektivere Kontrolle und Bekämpfung von Sozialmissbrauch • Zusammenfassung von Bürgergeld und Wohngeld in einer einheitlichen Sozialleistung • Einführung einer regionalen Pauschale für Unterkunftskosten • Einführung einer „negativen Einkommensteuer“, um das Steuer- und Sozialsystem besser aufeinander abzustimmen • Flexible Absicherungsprofile im ALG 1 ermöglichen	• Bürgergeld durch „Grundsicherung“ ersetzen • Verschärfung der Mitwirkungspflichten und der Zumut-barkeitsregeln • Bei Arbeitsverweigerung komplette Streichung der Hilfe • Wiedereinführung der Vermögensprüfung • Vorrang direkter Vermittlung statt Weiterbildung • Reform der Hinzuverdienstgrenzen • Effektivere Kontrolle und Bekämpfung von Sozialmissbrauch	• Bürgergeld durch „aktivierende Grundsicherung“ ersetzen • Vermittlungsvorrang statt „parken“ von Arbeitslosen in ineffektiven Weiterbildungsmaßnahmen • Weiterbildungsmaßnahmen nur noch bei Bildungsträgern durchführen, die den Vermittlungserfolg ihrer Maßnahmen nachweisen • Verpflichtung zu gemeinnütziger Arbeit für Langzeitarbeitlose • Bürgergeld für Ausländer nur noch nach mind. 10 Jahren sozialversicherungspflichtiger Arbeit in Deutschland • Schärfere Kontrollen und Missbrauchsbekämpfung • Reform der Hinzuverdienstregeln • Lohnabstandsgebot soll gewahrt werden

Arbeit, Familie, Geschlechter, Wohnen

Beim **Mindestlohn** verlangt das linke Lager eine Erhöhung auf mindestens 15 €, während Union und FDP nicht in die Lohnfindung der Mindestlohnkommission eingreifen wollen. Um die **Tarifbindung** zu stärken, fordern die linken Parteien ein Tariftreuegesetz, so dass öffentliche Aufträge nur an tarifgebundene Unternehmen gehen. Union und FDP geht das aber zu weit, allerdings zeigt sich die Union offen für eine – ebenfalls von den linken Parteien geforderte – vereinfachte Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen. Die Union will aber daneben auch flexiblere Abweichungen von Tarifverträgen ermöglichen, was bei den linken Parteien auf wenig Gegenliebe stoßen dürfte. Die betriebliche **Mitbestimmung** wollen SPD und Grüne auf weitere Gebiete der Unternehmenspolitik ausweiten, während die Linke das kapitalistische Wirtschaftssystem grundsätzlich überwinden will, indem es den Belegschaften Entscheidungs- und Vetorechte bei allen Unternehmensentscheidungen bis hin zu Investitionsentscheidungen einräumt.

In der **Arbeitsmarktpolitik** gibt es eine weitgehende Übereinstimmung der linken Parteien, Minijobs und prekäre Beschäftigung zugunsten sozialversicherungspflichtiger Arbeit zurückzudrängen. Weitere gemeinsame Forderungen des linken Lagers sind ein Verbot sachgrundloser Befristungen und ein Verbandsklagerecht von Gewerkschaften. Während die Linke eine 4-Tage Woche bei vollem Lohnausgleich fordert, was keine andere Partei unterstützt, wollen Union und FDP das Arbeitszeitgesetz flexibilisieren und die tägliche Höchstarbeitszeit in eine wöchentliche Höchstarbeitszeit überführen.

Um die **Gleichberechtigung und Gleichstellung der Geschlechter** zu fördern, fordern SPD, Grüne und Linke eine Weiterentwicklung des Entgelttransparenzgesetzes, eine Reform des Ehegattensplittings (ebenso die FDP), die Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs (ebenfalls BSW), die Stärkung der Rechte queerer Menschen sowie eine Reform des Wahlrechts mit einer Verpflichtung zu paritätischen Parteilisten. Eine Reform des Schwangerschaftsabbruchs und des Ehegattensplittings lehnt die Union aber dezidiert ab. Zudem wollen Union, BSW und AfD das Selbstbestimmungsgesetz der Ampel wieder abschaffen, weil die freie Geschlechtswahl ab 14 Jahren gegen Jugendschutz, Eltern- und Frauenrechte verstoße. In der **Familienpolitik** wollen SPD, Grüne und Linke v.a. Sozialleistungen ausweiten: das Elterngeld erhöhen oder ausweiten und dabei eine ausgeglichenere Aufteilung zwischen den Partnern vorgeben, eine „Familienstartzeit" (Ausweitung des Mutterschutzes auf den anderen Partner) einführen und den Mutterschutz auf Selbständige und Fehlgeburten ausweiten (ebenfalls FDP) sowie die sog. Kindergrundsicherung einführen. Gemeinsamkeiten mit der Union finden sich in der besseren finanziellen Unterstützung von Alleinerziehenden und dem Ausbau der Kinderbetreuung.

In der **Wohnungs- und Mietenpolitik** fordern SPD und Grüne eine Entfristung und Verschärfung der Mietpreisbremse, während FDP und AfD die Preisbremse dezidiert ablehnen und die Union sich bedeckt hält. Weitere regulatorische Maßnahmen der linken Parteien betreffen bspw. den Wohnungsleerstand, die Bodenpolitik, Indexmieten und Zweckentfremdung als Ferienwohnung. Die Linke geht mit Abstand am weitesten und fordert darüber hinaus einen bundesweiten Mietendeckel (auch BSW), das Verbot von Mieterhöhungen für zunächst sechs Jahre (auch BSW), ein Verbot von Staffel- und Indexmieten, Verbote von Modernisierungsumlage und Grundsteuerumlage und unbegrenzte Preisbindung für Sozialwohnungen (auch BSW). Während SPD, Grüne und Union einen Mix aus öffentlichem, sozialem und privatem Wohnungsbau anstreben, will die Linke private Wohnungskonzerne verstaatlichen. Lagerübergreifend (mit Ausnahme der Linken) findet sich die Forderung nach Senkung von Baukosten, mehr seriellem Bauen und einer Beschleunigung der Genehmigungsverfahren. Das rechte Lager betont zudem die Bedeutung der Wohneigentumsförderung, was in den Programmen der linken Parteien fast keine Rolle spielt.

Auch in der Arbeits-, Familien-, Geschlechter- und Wohnungspolitik weisen die politischen Lager also deutliche programmatische Unterschiede und in den Grundphilosophien auf. Das linke Lager setzt auf Ausweitung von Sozialleistungen (bspw. Familienstartzeit, Kindergrundsicherung) und vor allem auf regulatorische Eingriffe (Bspw. Mietregulierung), während das rechte Lager diese Eingriffe in die wirtschaftliche Freiheit überwiegend ablehnt und auch Kosten für neue Sozialleistungen eher scheut. Eine Kompromissfindung unter den Mitte Parteien erscheint trotz der Unterschiede grundsätzlich möglich, weil auch in diesem Politikfeld keine unverhandelbaren Positionen gegenüberstehen.

	BSW	Die Linke	Grüne	SPD	FDP	CDU/CSU	AfD
Mindestlohn	• 15 €, mindestens 60 % des Medianeinkommens	• 16 € ab 2026	• 15 €, mindestens 60 % des Medianeinkommens	• 15 € bis 2026, mindestens 60 % des Medianeinkommens	• Keine politischen Eingriffe in die Lohnfindung der Mindestlohnkommission	• Keine politischen Eingriffe in die Lohnfindung der Mindestlohnkommission	
Tarifbindung und Mitbestimmung	• öffentl. Aufträge nur noch an Unternehmen mit Tarifvertrag • Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen erleichtern • Betriebsratsgründung erleichtern • Mitbestimmung ausbauen	• Tariftreuegesetz • Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen erleichtern • Wirtschaftsdemokratie: Vetorecht für Belegschaften bei allen wichtigen Unternehmensentscheidungen (Investitionen, Standortverlagerungen, Schließungen, Auslagerungen, Entlassungen u.w.m.)	• Tariftreuegesetz • Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen erleichtern • Mitbestimmung ausbauen bei Klima- und Umweltschutz, Qualifizierung, Personalentwicklung und Gleichstellung • Förderung der Gründung neuer Betriebsräte und Einführung digitaler Betriebsratswahlen	• Bundes- und europäisches Tariftreuegesetz • Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen erleichtern • Subventionen an Unternehmen nur mit Tarifbindung • Mitbestimmung ausbauen: bei strategischer Personalplanung, Einsatz von KI, Gesundheitsschutz und Weiterbildung.	• Keine Eingriffe in die Tarifautonomie	• Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen erleichtern • Tariföffnungsklauseln erleichtern, um die Flexibilität für Betriebe zu erhöhen • Betriebsräte schützen, digitale BR-Arbeit erleichtern	

	BSW	Die Linke	Grüne	SPD	FDP	CDU/CSU	AfD
Arbeitsmarkt	• Minijobs und prekäre Beschäftigung in sozialversicherungspflichtige Arbeit überführen • Verbot sachgrundloser Befristungen • Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit beenden	• Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich mit Ziel 4-Tage-Woche • Abschaffung von Minijobs und eine volle Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro • Verbot sachgrundloser Befristungen • Strenge Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen • Recht auf Sabbatjahre • Verbandsklagerecht für Gewerkschaften einführen	• Minijobs schrittweise in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführen • Verbot sachgrundloser Befristungen • Missbrauch von Werkverträgen eindämmen	• Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführen (aber Ausnahmen erhalten) • Verbot sachgrundloser Befristungen • Verbandsklagerecht für Gewerkschaften einführen	• Reform des Arbeitszeitgesetzes mit einer wöchentlichen statt täglichen Höchstarbeitszeit	• Reform des Arbeitszeitgesetzes mit einer wöchentlichen statt täglichen Höchstarbeitszeit	• gesetzliche Gleichberechtigung erfüllt, Ablehnung von Eingriffen zur Förderung der Gleichstellung • Abschaffung Selbstbestimmungsgesetz
Gleichberechtigung und Gleichstellung	• Gleichstellung durch bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen • Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs bis zur 12. Woche • Abschaffung des Selbstbestimmungsgesetzes	• Entgeltgleichheitsgesetz, um gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit sicherzustellen • Ehegattensplitting in Individualbesteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag umwandeln. • Parität im Wahlrecht verankern • Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs • Rechte queerer Menschen stärken	• EU-Entgelttransparenzrichtlinie umsetzen • flexible Arbeitszeitmodelle ermöglichen, Betreuungsstrukturen verbessern • Rechte queerer Menschen stärken • Parität im Wahlrecht verankern • Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs • Quotenregelungen für mehr Frauen in Führungspositionen	• Lohngerechtigkeitsgesetz, um Gender Pay Gap zu schließen • Modernisierung von Arbeitszeitmodellen und verlässliche Betreuungsinfrastrukturen • gerechtere Verteilung der Steuerlast für Paarfamilien • Parität im Wahlrecht verankern • Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs • Rechte queerer Menschen stärken • bessere Anerkennung von Erziehungs- und Pflegezeiten in der Rente • Parität in Aufsichtsräten und Vorständen	• Abschaffung der Steuerklassen 3 und 5, um die ökonomische Selbstständigkeit von Frauen zu stärken • Flexibilisierung der Kinderbetreuung und steuerliche Förderung, um Frauen die Berufstätigkeit zu erleichtern • Bessere Förderung von Frauen in MINT Fächern • Rentenpunkte-Splitting für Paare zur besseren Absicherung von Frauen	• Ehegattensplitting beibehalten • Abschaffung Selbstbestimmungsgesetz • Förderung der Vollerwerbstätigkeit von Frauen	
Familienpolitik	• Kostenlose und flächendeckende Kinderbetreuung • Verlässliche und kostenfreie Ferienbetreuung • Kindergeld und Kinderfreibetrag angleichen	• Elterngeld erhöhen • Keine Anrechnung des Elterngelds auf Bürgergeld und Asylbewerberleistungen • Familienstartzeit einführen (28 Tage ab Geburt). • Umfassende Kindergrundsicherung einführen • Kindergeld auf 350 € monatlich für alle Kinder erhöhen • Kündigungsschutz für Eltern bis zum sechsten Lebensjahr des Kindes ausweiten • Kinderbetreuung ausweiten • Alleinerziehende finanziell besser unterstützen	• Elterngeld erhöhen und partnerschaftliche Aufteilung erzwingen • Familienstartzeit einführen • Kindergeld und Kinderfreibetrag angleichen, damit alle Familien gleich profitieren • Kindergrundsicherung einführen • gestaffelten Mutterschutz bei Fehlgeburten einführen und Mutterschutz für Selbstständige • Alleinerziehende finanziell besser unterstützen • Bessere Betreuung und mehr Kitaplätze	• Verlängerung des Elterngelds auf 18 Monate, davon jeweils sechs Monate pro Elternteil nicht übertragbar • Familienstartzeit einführen (2 Wochen Freistellung des Partners bei der Geburt des Kindes bei voller Lohnfortzahlung) • Kindergrundsicherung einführen • gestaffelten Mutterschutz bei Fehlgeburten einführen und Mutterschutz für Selbstständige • Alleinerziehende finanziell besser unterstützen • Ausbau der Kitas und Schulen • haushaltsnahe Dienstleistungen fördern	• Elterngeld 14 Monate mind. 4 pro Elternteil • Elterngeld und weitere Familienleistungen entbürokratisieren, digitalisieren und automatisieren • Ausbau und steuerliche Förderung der Kinderbetreuung • gestaffelter Mutterschutz nach Fehlgeburt, freiwilliger Mutterschutz für Selbstständige	• Neben klassischen Familien werden auch Patchwork-, Trennungs- und gleichgeschlechtliche Familien anerkannt • Verbesserung des Elterngelds, Weiterentwicklung Partnerschaftsbonus • Anhebung des Kindergelds • Alleinerziehende finanziell besser unterstützen • Ausbau der Kitas und Schulen • steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten ermöglichen • Einführung eines digitalen Portals für Familienleistungen	• Förderung der klassischen Familie als Grundpfeiler der Gesellschaft • Betreuungsgehalt bis zum 3. Lebensjahr für Eltern/Großeltern, die ihr Kind selbst betreuen • Rückzahlung von 20.000 € an Rentenbeiträgen oder Freistellung von künftigen Zahlungen bei der Geburt eines Kindes • Erhöhung des Kinderfreibetrags und Einführung eines Familien-Splittings, um Familien finanziell zu entlasten • Einführung eines Ehe-Start-Kredits für junge Paare mit Kind, wobei mit jedem Kind ein Teil des Kredits erlassen wird • Bessere Betreuung und mehr Kitaplätze

	BSW	Die Linke	Grüne	SPD	FDP	CDU/CSU	AfD
Mieten und Wohnen	• bundesweiter Mietendeckel • In angespannten Lagen Mieten bis zum Ende des Jahrzehnts einfrieren • Gemeinnützigen Wohnungsbau stärken • Spekulation und Zweckentfremdung bekämpfen • Sozialwohnungen dauerhaft in der Sozialbindung belassen • Bauen beschleunigen und Kosten durch weniger Vorschriften senken	• Bundesweiter Mietendeckel • Mieterhöhungen für sechs Jahre aussetzen • Verbot von Staffelmieten und Indexmietverträgen • Abschaffung der Modernisierungsumlage • Verbot der Umlage der Grundsteuer • Verbesserter Kündigungsschutz (Dauermietverträge) • Eigenbedarfskündigungen nur noch für Verwandte ersten Grades • Leerstandsabgabe von 10 € pro Quadratmeter • Wohnkonzerne mit mehr als 3.000 Wohnungen enteignen • 20 Milliarden Euro pro Jahr für gemeinnützigen Wohnraum • Sozialwohnungen sollen nicht mehr aus der Preisbindung fallen • Steuerbefreiungen und Bevorzugung für gemeinnützige Wohnungsunternehmen	• Mietpreisbremse verlängern und verschärfen • Mietenstopp in angespannten Wohnungsmärkten • Indexmieten durch Obergrenzen regulieren • Einschränkung der Eigenbedarfskündigung • Möblierte Wohnungen und Zweckentfremdung strenger regulieren • Mehr Investitionen in den sozialen Wohnungsbau und „neue Wohngemeinnützigkeit“ einführen (steuerliche Begünstigung) • Bekämpfung von Spekulation mit Wohnraum • Wohnungslosigkeit bis 2030 beenden • Bauvorhaben entbürokratisieren	• Mietpreisbremse entfristen und ausweiten • Eigenbedarfskündigungen nur noch für Verwandte ersten Grades • Indexmieten begrenzen • Öffentlichen, sozialen und privaten Wohnungsbau ankurbeln • Neugründung einer bundeseigenen Wohnungsgesellschaft • Möblierte Wohnungen, Leerstand und Zweckentfremdung strenger regulieren • Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen • Baukosten senken: Durch Bürokratieabbau, Digitalisierung der Bauverwaltung und Förderung serieller Bauweisen • Soziale Bodenpolitik, Spekulation bekämpfen (u.a. Vorkaufsrecht für Kommunen) • Wohnungslosigkeit bis 2030 beenden • regelmäßige Erhöhung der Bafög-Wohnkostenpauschale • Miete für WG-Zimmer soll nicht mehr als 400 € kosten	• keine Verlängerung oder Ausweitung der Mietpreisbremse • steuerliche Abschreibungen im Wohnungsbau verbessern • Baukostenmoratorium und Beschleunigung der Genehmigungsverfahren • Entrümpelung des Baurechts, Förderung des seriellen Bauens • Genehmigungsfiktion bei Neuausweisungen von Bauland • Förderung der Wohneigentumsbildung	• Baukosten senken und Genehmigungsverfahren beschleunigen • Sonderabschreibungen für bezahlbaren Wohnungsbau • Fokus auf Geschosswohnungsbau in angespannten Märkten • Mehr Bauland schaffen • Unterstützung des sozialen Wohnungsbaus • Regelmäßige Anpassung des Wohngelds an die Mietpreisentwicklung • Förderung der Wohneigentumsbildung	• Kein Mietendeckel/ Mietpreisbremse • Senkung von Bau- und Wohnnebenkosten • mehr Wohngeld statt sozialem Wohnungsbau • Mieter zu Eigentümern machen: Mieter sollen ihre Wohnungen zu vergünstigten Bedingungen kaufen können • Grundstücke/ Wohnungen bevorzugt an Deutsche geben

Migration und Asyl

In der **Asylpolitik** unterscheiden sich die politischen Lager stark und im Gegensatz zu eher technokratischen Themen wie der Sozialpolitik oder bei Verteilungsfragen, gehen die politischen Unterschiede hier an die Substanz der politischen Identität. Während bspw. in der Sozialpolitik die Unterschiede eher den Grad des Schutzniveaus und die Balance zwischen Kosten und Leistungsniveau betreffen, sind in der Asylpolitik auch die Ziele der politischen Lager sehr unterschiedlich. Während Union, FDP, BSW und AfD auf eine drastische Verschärfung des Asylrechts zur Begrenzung der Asyleinwanderung setzen, stehen SPD, Grüne und Linke für den Status Quo des Asylrechts und der Schutzgewährung ein oder wollen diesen noch ausbauen (Linke, partiell Grüne). Union, FDP, AfD und BSW befürworten einen grundsätzlichen Politikwechsel in der Asylpolitik: Gefordert wird eine Verlagerung von Asylverfahren und Schutzgewährung in sichere Drittstaaten, dauerhafte nationale Grenzkontrollen mit (rechtlich umstrittenen) Zurückweisungen für Asylsuchende, Einschränkung von Sozialleistungen für Asylbewerber bzw. Ausreisepflichtige und einen weitgehenden Stopp des Familiennachzugs. SPD, Grüne und Linke lehnen all dies aus moralischen, rechtlichen oder praktischen Gründen ab, Linke und Grüne wollen sogar noch eine Ausweitung des Asylrechts (Linke) und des Familiennachzugs (Grüne). Nur bei der **Fachkräfteeinwanderung** besteht ein parteiübergreifender Konsens bei den Mitte-Parteien, diese zu erleichtern. Kompromisse in der Asyl- und Flüchtlingspolitik scheinen auf den ersten Blick nur dann möglich, wenn eine Seite über ihren Schatten springt und sich fundamental bewegt. Sollte eine Partei in Koalitionsverhandlungen mit der Union hier weitgehende Zugeständnisse machen, wird sie sich diese in einem anderen Politikfeld „teuer“ bezahlen lassen.

	BSW	Die Linke	Grüne	SPD	FDP	CDU/CSU	AfD
Asylrecht	• Durchführung von Asylverfahren in sicheren Drittstaaten • Schnellere Asylverfahren	• Verteidigung des Asylrechts ohne Einschränkungen • Schutzmöglichkeiten ausweiten (Verfolgung wegen sexueller Diskriminierung und Klimaschäden) • Schaffung von sicheren und legalen Fluchtwegen • Ablehnung der Einstufung von Herkunftsländern als „sicher“	• Verteidigung des Status Quo der Schutzrechte und Schutzgewährung • Förderung sicherer Fluchtwege durch humanitäre Aufnahmeprogramme und Resettlement	• Verteidigung des Status Quo der Schutzrechte und Schutzgewährung • Beschleunigung der Verfahren durch Digitalisierung • Förderung sicherer Fluchtwege durch humanitäre Visa und Resettlement-Programme	• „Asylverfahren auch in Drittstaaten“	• Asylverfahren und Schutzgewährung in Drittstaaten • Abschaffung des subsidiären Schutzstatus • Beschleunigung der Verfahren durch Ausweitung der sicheren Herkunftsländer	• Umwandlung des individuellen Asylrechts in eine institutionelle Garantie • Reform der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention • Asylverfahren in Drittstaaten • Rückzug aus der gemeinsamen Asyl- und Migrationspolitik der EU (analog Dänemark) • Unterbringung in zentralen Aufnahmeeinrichtungen für die Dauer des Asylverfahrens
Sozialleistungen für Asylbewerber	• Kein Anspruch auf Sozialleistungen für Flüchtlinge ohne Aufenthaltsrecht	• Strikte Ablehnung von Leistungskürzungen • Abschaffung von Sachleistungen	• Keine Kürzungen	• Keine Kürzungen	• Neuer sozialrechtlichen Status für anerkannte Flüchtlinge (weniger Leistungen, mehr Druck zur Arbeitsaufnahme) • mehr Sach- statt Geldleistungen • in der Regel keine Sozialleistungen für Ausreisepflichtige	• Vorrangig Sachleistungen sowie Bezahlkarte • Absenkung von Leistungen für Ausreisepflichtige	• Sachleistungen und Bezahlkarte • Absenkung von Leistungen für Ausreisepflichtige • Kein automatischer Anspruch auf Sozialleistungen für anerkannte Asylbewerber

	BSW	Die Linke	Grüne	SPD	FDP	CDU/CSU	AfD
Abschiebungen	• Konsequente Abschiebungen • Recht auf Asyl nach schweren Straftaten verwirkt	• Gegen jede Verschärfung von Abschiebungen • Geduldete sollen einfacher einen dauerhaften Aufenthaltsstatus erhalten • Keine Abschiebungen in unsichere Länder	• Keine Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete • Freiwillige Rückkehr als Hauptinstrument	• Keine Abschiebungen in unsichere Staaten • Ausbau Rückführungsabkommen • Vorrang der freiwilligen Rückkehr • Abschiebung von Straftätern	• Konsequente Abschiebungen. • Zuständigkeit auf Bundesebene verlagern • Mehr Migrationsabkommen	• Konsequente Abschiebungen • Mehr sichere Herkunftsstaaten • Neue Rückführungsabkommen • Schärfere Abschieberegeln für Straftäter (auch in unsichere Staaten) • Mehr Kompetenzen für Bundespolizei • Bundesausreisezentren	• Konsequente Abschiebungen • Rückführung von Syrern • Abschaffung aller Bleiberechtsregelung für Ausreisepflichtige (keine Duldung) • Massiver Druck auf nichtrücknahmebereite Herkunftsländer
Familiennachzug	• Einschränkung Familiennachzug	• Familiennachzug erleichtern	• Erweiterung des Familiennachzugs, alle bestehenden Einschränkungen sollen aufgehoben werden	• Erhalt des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte	• Aussetzung Familiennachzug für subsidiär Geflüchtete	• Aussetzung Familiennachzug für subsidiär Geflüchtete	• Kein Familiennachzug
EU-Binnengrenzen	• Bessere Grenzsicherung, um illegale Migration zu stoppen	• Keine systematischen Grenzkontrollen und Zurückweisungen	• Ablehnung von dauerhaften Grenzkontrollen	• Ablehnung von dauerhaften Grenzkontrollen • Keine Zurückweisungen von Asylsuchenden	• Grenzkontrollen mit „modellhafter Erprobung von Zurückweisungen“	• Grenzkontrollen und Zurückweisungen von Asylsuchenden solange notwendig	• Konsequenter Grenzschutz und Zurückweisungen
EU-Außengrenzen		• Umwandlung von Frontex in staatliche Seenotrettung	• Effektivere Registrierung und Kontrolle an den EU-Außengrenzen • Menschenrechtsorientierte Reform von Frontex • Unterstützung für die zivile Seenotrettung im Mittelmeer	• Stärkere Kontrolle der EU-Außengrenzen mit rechtsstaatlichen und humanen Maßnahmen • Frontex besser parlamentarisch kontrollieren	• Stärkung und mehr Befugnisse für Frontex	• Stärkung Frontex mit hoheitlichen Befugnissen	
Fachkräfte-einwanderung	• Bevor Fachkräfte aus dem Ausland angeworben werden, sollen inländische Potenziale besser genutzt werden • Strenge Auswahlverfahren für Fachkräfte: Nur gezielt benötigte Berufe sollen durch ausländische Fachkräfte besetzt werden		• Erleichterung der Fachkräfteeinwanderung u.a. durch Entbürokratisierung und Willkommenskultur	• Erleichterung der Fachkräfteeinwanderung u.a. durch Abbau bürokratischer Hürden und besserer Qualifikations-anerkennung • Vereinfachte Anwerbe-abkommen • „One-Stop-Shop“/ Entbürokratisierung	• Erleichterung der Fachkräfteeinwanderung • „One-Stop-Shop“ für alle Einwanderungsprozesse • Erweiterung der Blue Card: Auch für nicht-akademische Fachkräfte öffnen und Verdienstunter-grenzen abschaffen	• Erleichterung der Fachkräfteeinwanderung u.a. durch Abbau bürokratischer Hürden und besserer Qualifikations-anerkennung • Digitale Bundesagentur für Einwanderung („Work-and-Stay-Agentur“) • Bessere Integration ausländischer Fachkräfte durch gezielte Sprach-förderung	• Einführung eines Punktesystems mit klaren Auswahlkriterien wie Sprachkenntnisse, Berufserfahrung und bereits vorhandene Arbeitsverträge • Zuwanderung erst, wenn alle inländischen Potenziale ausgeschöpft sind.

Außen- und Sicherheitspolitik

In der **Außen- und Sicherheitspolitik** dominieren die Gemeinsamkeiten unter den Mitte-Parteien, während die Ränder (Linke, BSW, AfD) mit alternativen Politikvorstellungen aufwarten. Union, FDP, Grüne und SPD setzen auf eine starke NATO, höhere Verteidigungsausgaben, und enge europäische Sicherheitskooperationen. Sie wollen die Ukraine wie bisher oder noch stärker unterstützen, wirtschaftlich und militärisch. Die transatlantische Partnerschaft wird von den Mitte-Parteien weiterhin für unverzichtbar gehalten. AfD, BSW und Linke hingegen kritisieren die derzeitige Außen- und Sicherheitspolitik, wollen den Einfluss der USA reduzieren, die NATO (langfristig) zu Gunsten einer europäischen Sicherheitsstruktur unter Einschluss Russlands überwinden, eine Annäherung an Russland vollziehen und die Waffenlieferungen an die Ukraine stoppen. SPD, Union, FDP und Grüne setzen auf eine stärkere EU mit mehr Kompetenzen und stehen auch einer Erweiterung grundsätzlich offen gegenüber. AfD und BSW fordern hingegen eine Rückverlagerung von Kompetenzen an die Nationalstaaten und lehnen eine EU-Erweiterung ab. In der **Entwicklungspolitik** werden grundsätzliche Unterschiede deutlich: SPD und Grüne setzen auf eine „feministische" Entwicklungspolitik und betonen progressive Zielsetzungen (z.B. internationale Klimaschutzprojekte), während das liberal-konservative Lager eine interessensorientierte Entwicklungszusammenarbeit anstrebt, die die EZ mit Außenwirtschafts-, Migrations- und Geopolitik verknüpft. Da die Entwicklungspolitik in der nationalen Politik eher eine marginale Rolle spielt, werden diese Unterschiede für eine Regierungsbildung unerheblich sein. In der **inneren Sicherheit** gibt es keine fundamentalen Unterschiede zwischen den Parteien, sondern nur in der Schwerpunktsetzung (Bsp. Null-Toleranz-Strategie vs. stärkere Betonung der Prävention, mehr Polizeibefugnisse vs. Bürgerrechte). In der Außen- und Sicherheitspolitik steht einer Koalition zwischen den Mitte-Parteien insgesamt nichts entgegen.

	BSW	Die Linke	Grüne	SPD	FDP	CDU/CSU	AfD
Verteidigung	• Kritik der NATO • Keine Erhöhung des Bundeswehr-Etats • Abrüstung und Rüstungskontrolle • Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland • Keine US-Raketenstationierung in Deutschland • Schaffung einer europäischen Sicherheitsarchitektur, langfristig unter Einschluss Russlands • Ablehnung Wehrpflicht	• Kritik der NATO • Ablehnung des 2 % Ziels, drastische Reduzierung der Verteidigungsausgaben • Abzug der BW aus allen Auslandseinsätzen • Keine Stationierung von US-Raketen in Deutschland • Verbot von Rüstungsexporten • Umbau der Rüstungsindustrie für zivile Produkte • Schaffung einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur	• Bekenntnis zur NATO • „deutlich mehr als 2 %" in Verteidigung • Europäische Verteidigungskooperation stärken • Keine Wehrpflicht, dafür freiwilliger Wehrdienst • Restriktive Rüstungsexportpolitik • Nukleare Teilhabe sichern • Europäisierung der Rüstungsindustrie	• Bekenntnis zur NATO • Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf mindestens 2 % des BIP • Stärkung Bundeswehr • Stärkere EU-Zusammenarbeit in der Verteidigung • Rüstungskontrolle weiterhin notwendig • Einführung eines freiwilligen Wehrdienstes	• Bekenntnis zur NATO • Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf mindestens 2 % des BIP • Stärkung Bundeswehr • Nationalen Sicherheitsrat einführen • Langfristig Aufbau einer europäischen Armee • Ablehnung Wehrpflicht	• Bekenntnis zur NATO • Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf mindestens 2 % des BIP • Stärkung Bundeswehr, u.a. Erhöhung der Truppenstärke auf 203.000 • Europäische Verteidigungsunion • Nukleare Teilhabe sichern • Aufbau einer Drohnenarmee • Nationalen Sicherheitsrat einführen • Aufwachsende Wehrpflicht und verpflichtendes Gesellschaftsjahr	• Stärkung der Bundeswehr • Wehrpflicht wiedereinführen • Rückzug aus Auslandseinsätzen der Bundeswehr • Von den USA unabhängige europäische Sicherheitsstruktur schaffen unter Einbezug Russlands • Neuverhandlung von Rüstungskontrollverträgen • Keine US-Raketen in Deutschland
Ukraine- und Russlandpolitik	• Ablehnung weiterer Waffenlieferungen • Forderung nach sofortigen Friedensverhandlungen • Keine Wirtschaftshilfen an die Ukraine	• Statt Waffenlieferungen mehr Diplomatie ausloten • Gezielte Sanktionen gegen Putin und das russische Militär	• Forcierung der Ukraine-Unterstützung und Waffenlieferungen • Verschärfung der Sanktionen gegen Russland • EU- und NATO-Beitritt der Ukraine (langfristig)	• Langfristige diplomatische, militärische, finanzielle Unterstützung der Ukraine • Keine Lieferung von Taurus-Raketen	• Erweiterung Ukraine-Unterstützung • Konsequente Sanktionen • Unverzügliche Taurus-Lieferung • Perspektivisch EU- und NATO-Beitritt der Ukraine	• Waffenlieferungen intensivieren • Perspektive für EU-Beitritt der Ukraine • Erweiterung der Sanktionen gegen Russland	• Keine Waffenlieferungen an Ukraine • Beendigung der Sanktionen gegen Russland • Ukraine perspektivisch neutraler Staat
Transatlantische Beziehungen	• US-Interessen oft im Widerspruch zu deutschen Interessen • Stärkere Unabhängigkeit von USA	• Kritik der USA und Forderung nach europäischer Emanzipation	• USA zentraler Partner	• USA zentraler Partner • Sicherheitspolitische Zusammenarbeit vertiefen • Abbau von Handelshemmnissen	• USA zentraler Partner	• Transatlantische Partnerschaft unverzichtbar für deutsche Sicherheit • Militärische Zusammenarbeit stärken • Handelsbeziehungen ausbauen	• Strategische Autonomie Europas

	BSW	Die Linke	Grüne	SPD	FDP	CDU/CSU	AfD
Europäische Union	• Rückverlagerung von Kompetenzen an die Nationalstaaten • Ablehnung weiterer EU-Erweiterungen	• Rückverlagerung von Kompetenzen an die Nationalstaaten • Ablehnung weiterer EU-Erweiterungen	• Für eine Föderale Europäische Republik mit Mehrheitsentscheidungen statt Vetorechte als langfristiges Ziel • Unterstützung für EU-Erweiterungen • Demokratisierung der EU durch Initiativrecht des Parlaments • Ausbau Sozialunion	• Vertiefung der europäischen Integration • Mehr Mehrheitsentscheidungen statt Vetorechte • Unterstützung für EU-Erweiterungen • Ausbau Sozialunion • Demokratisierung der EU durch Initiativrecht des Parlaments • Vertiefung des Binnenmarktes	• Qualifizierte Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik • Unterstützung für EU-Erweiterungen • Vertiefung des Binnenmarktes	• Starke EU • Ablehnung Transferunion • Unterstützung für EU-Erweiterungen • Europäische Verteidigungsunion	• Reduzierung der Kompetenzen der EU: Die EU soll auf eine wirtschaftliche Kooperation beschränkt werden • Rückkehr zur D-Mark • Ablehnung der EU-Erweiterung
Innere Sicherheit	• Verstärkte Polizeipräsenz auf Straßen und öffentlichen Plätzen • Schutz von Einsatzkräften: Härtere Strafen für Angriffe auf Polizei, Rettungskräfte und medizinisches Personal	• Polizeireform: Deeskalationsstrategien, weniger Militarisierung der Polizei • Ablehnung der Antiterrorgesetzgebung der letzten 30 Jahre • Schulungen der Polizei in Diversität und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	• Stärkung der Polizei • Mehr Kriminalprävention durch Investitionen in soziale Infrastruktur • Extremismusbekämpfung	• Stärkung der Polizei • Modernisierung des Bundespolizeigesetzes, um klare Befugnisse für die Sicherheitsbehörden zu schaffen. • Bessere Bekämpfung von Extremismus und OK • Härtere Strafen für Angriffe auf Einsatzkräfte • Automatisierte (KI-basierte) Datenanalysen zur Kriminalitätsbekämpfung	• Keine flächendeckende Gesichtserkennung und Videoüberwachung • Einführung einer unabhängigen Freiheitskommission, die das Verhältnis von Sicherheit und Bürgerrechten überwacht • Keine anlasslose Datenspeicherung • Neuordnung der Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen • Bessere Bekämpfung von Clankriminalität und OK	• Null-Toleranz-Strategie – verschärfte Strafen für Stalking, Messerattacken und Gruppenvergewaltigungen • Strafmündigkeit überprüfen • Mehr Videoüberwachung • Bekämpfung von Extremismus • Vermehrte Polizeipräsenz im öffentlichen Raum • Einsatzkräfte besser schützen • Cannabis-Legalisierung zurücknehmen	• Stärkung der Polizei • Senkung der Strafmündigkeit auf 12 Jahre • schnellere Inhaftierung von Mehrfachtätern. • Islamismusbekämpfung: Verbot von Koranschulen mit extremistischen Inhalten, Strafbarkeit der Forderung nach einem Kalifat
Entwicklungszusammenarbeit	• stärkere finanzielle Unterstützung humanitärer Organisationen wie UNHCR	• Mindestens 0,7 % des BIP in EZ • SDGs als Richtschnur der Zusammenarbeit, sowie: • Menschenrechte, Schutz von Frauen, Kindern und Jugendlichen und Angehörigen der LSBTIQ+-Community • Schuldenschnitt für Länder des Globalen Südens • Massive Erhöhung der finanziellen Unterstützung für internationale Klimaprojekte • Förderung lokaler Produzenten und Kleinbauern, Förderung der Ernährungssouveränität, Schutz vor Preisdumping • Medikamente und Impfstoffe lizenzfrei zur Nachproduktion zur Verfügung stellen • Lieferkettengesetz stärken	• Feministische Entwicklungspolitik (Stärkung der Rechte und Repräsentation von Frauen, Mädchen und marginalisierten Gruppen) • Mindestens 0,7 % des BIP in EZ • Mittel für internationale Klimafinanzierung erhöhen • regelbasierte und gesetzlich flankierte Verfahren zur Schuldenrestrukturierung und Schuldenerlasse • Förderung agrarökologischer Ansätze • Partnerländer beim Aufbau von Gesundheitssystemen unterstützen • Aufgabe von Patentschutz um Gesundheitsprodukte günstiger zu produzieren • Aufbau von sozialen Sicherungssystemen • EU-Lieferkettengesetzgebung beibehalten	• Feministische Entwicklungspolitik (Stärkung der Rechte und Repräsentation von Frauen, Mädchen und marginalisierten Gruppen) • Mindestens 0,7 % des BIP in EZ • SDGs als Richtschnur der Zusammenarbeit • Reform und Stärkung der multilateralen Organisationen • Fluchtursachen bekämpfen • Internationale Klimafinanzierung weiter beitreiben • Entschuldung von Entwicklungsländern im Tausch gegen Investitionen in die sozialökologische Transformation • EU-Lieferkettengesetzgebung beibehalten	• Interessenbasierte Entwicklungspolitik: Priorisierung der Ausgaben entlang wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Interessen Deutschlands und der EU. • Fusion von BMZ und AA • Weiterhin starke Menschenrechtsorientierung der EZ • Abschaffung der nationalen und EU Lieferkettengesetzgebung	• Interessensbasierte Entwicklungspolitik, Verzahnung mit Außenwirtschaftspolitik, Asylpolitik und Geopolitik • Zusammenlegung von humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit • Förderung von Frauen und Mädchen • Nationales Lieferkettengesetz abschaffen	• Interessensbasierte Entwicklungspolitik, EP soll an die Rücknahme ausreisepflichtiger Staatsbürger gebunden werden • Mittel für Entwicklungshilfe deutlich kürzen • Beendigung gender- und woke-orientierter Entwicklungsprojekte • Entwicklungshilfe an China, Indien und Pakistan streichen • Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ zur Richtschnur machen • Lückenlose Kontrolle über die Mittelverwendung • Stärkung von Förderung von Sachleistungen (z. B. Ausbildungsprojekte, Infrastruktur) statt Finanzhilfen.